

Berliner Tageblatt



Nr. 492

und Handels-Zeitung

52. Jahrgang

Verleger: E. S. S. E. S. S. in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Poincarés Entgegnung.

Die Unterredung mit dem deutschen Geschäftsträger.

angehörige „tendenziöse Entstellungen“ der Äußerungen Poincarés. — Die Forderung der „Wiederherstellung der Lage vom 11. Januar“.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2. Paris, 19. Oktober.

Die Erklärung der Reichsregierung über die Unterhaltung des deutschen Geschäftsträgers in Paris mit dem Ministerpräsidenten Poincaré hat Poincaré dazu veranlaßt, auf die gegen eine Politik erhobenen Vorwürfe zu antworten. Er hat sofort nach dem Eintreffen des telegraphischen Berichts über die deutsche Note eine Entgegnung verfaßt, die, wie seine Blätter berichten, von ihm mit eigener Hand in Gegenwart des Ministerpräsidenten Peretti della Rocca niedergeschrieben worden ist. Überdies wurde der französische Botschafter in London beauftragt, dem Foreign Office über die Unterhaltung die nötigen Mitteilungen zu machen. Dieses Vorgehen, das von der üblichen Vorgehensweise des Ministerpräsidenten abweicht, beweist, daß die Darstellung der Reichsregierung auf Poincaré Eindruck gemacht hat. Daß dieser Eindruck kein günstiger war, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Kommentare der französischen Presse verheimlichen nicht ihre Erbitterung. Der Ministerpräsident selbst ist fadlos. Seine Entgegnung lautet: „In Berlin ist eine offizielle Note über die Zusammenkunft des deutschen Geschäftsträgers mit dem französischen Ministerpräsidenten veröffentlicht worden, die tendenziöse Entstellungen enthält und ungenau ist. Herr Poincaré hat Herrn v. Söveling erklärt, daß die Einstellung des passiven Widerstandes noch nicht eine vollendete Tatsache ist. Die Eisenbahnbeamten hatten, als die Unterredung stattfand, noch nicht einmal den Anfang mit ihrer Rückkehr zum Dienst gemacht. Herr Poincaré hat hinzugefügt, es sei bereits ein wesentlicher Fortschritt, wenn diese Rückkehr sich vollziehe. Aber er hat zu verstehen gegeben, daß die Regierung, die Beschäftigung für die Lieferungen fortzusetzen, eine unzulässige Vorwegnahme von Entscheidungen sei, die allein der Reparationskommission zugehen. Die Reparationskommission hatte in diesem Punkte eine Verletzung festgestellt. Es sei also notwendig, daß Deutschland die Lieferungen und Zahlungen wieder aufnehme. Wenn die Lage vom 11. Januar wieder hergestellt werden solle, habe Deutschland natürlich die Berechtigung seiner Gründe vor der Reparationskommission geltend zu machen.“

So lautet wörtlich überseht die Erklärung des Ministerpräsidenten. Da Herr Poincaré diese Worte, nach dem Zeugnis der ihm zugehenden Zeitungen, genau überlegt hat, muß angenommen werden, daß er in diesem Schriftstück den Inhalt der langen Unterredung so wiedergeben wollte, wie er in Deutschland und bei den Alliierten verstanden werden soll. Es muß deshalb als auffallend bezeichnet werden, daß über den wichtigsten Gegenstand des Gesprächs mit dem deutschen Geschäftsträger kein Wort gesagt ist. Der französische Ministerpräsident unterläßt es, festzustellen, daß er die Mitwirkung deutscher Sachverständiger bei der Reorganisation der Arbeit abgelehnt hat, obwohl Herr v. Söveling im Auftrage der Reichsregierung eindringlich versichert, daß diese Mitwirkung nur technischer Natur sein sollte und sehr notwendig sei, um die traurige Lage der Bevölkerung nicht noch schlimmer zu gestalten. Diese Schwermüdigkeit Poincarés ist ein Eingeständnis. Die Ablehnung der technischen Mitwirkung deutscher Sachverständiger auf deutschem Boden läßt sich nur durch politische Gründe erklären, und sie läßt sich deshalb nicht verteidigen. Auch noch andere Punkte werden in der Entgegnung des französischen Ministerpräsidenten nicht erwähnt, obwohl die deutsche Note auf sie hinweist.

Der „Matin“ erkennt an, daß die Note der Reichsregierung die deutsche Auffassung und die Erklärung des Geschäftsträgers richtig wiederhole, aber die Note werde „tendenziös“, wenn sie die Antwort Poincarés analysiere. Die Antwort des Ministerpräsidenten werde „so dargestellt“, als wenn er kategorisch alle Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Wiederaufnahme der Arbeit ablehne und als ob er sich geweigert habe, die deutsche Erklärung über die Unmöglichkeit, die Lieferungen zu beschleunigen, auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Der „Matin“ wiederholt diese Stelle der deutschen Note im Wortlaut und sagt hinzu: „Mit einem Wort: Wenn diese Inhaltsangabe auch sachlich nicht ganz unrichtig ist, so ist sie doch tendenziös, weil die Haltung des Ministerpräsidenten als „brutal negativ“ geschildert wird, während im Gegenteil Herr Poincaré dem deutschen Geschäftsträger die Gründe für seine Auffassung lang und breit auseinandergesetzt hat. Herr Poincaré hat einfach Deutschland daran erinnert, daß der Vertrag erfüllt werden muß. Er hat über die Entscheidung der Reparationskommission sein vorzeitiges Urteil abgegeben; diese Entscheidungen werden unzweifelhaft dazu führen, daß die Lieferungsverpflichtungen Deutschlands erleichtert werden. Es ist merkwürdig, daß die Berliner Regierung ihre eigenen Interessen schädigt, indem sie die Weigerung des Ministerpräsidenten Poincaré anders darstellt, als sie im Verlaufe der Unterredung ausgedrückt wurde. Will die Berliner Regierung auf London oder Brüssel Eindruck machen, indem sie die Haltung Frankreichs als vollkommen unverhältnißmäßig schildert? In einer Hinsicht haben sich die diffusen Prophezeiehungen bereits erfüllt. Am gestrigen Tage haben sich 40 000 Eisenbahnbeamte zum Dienst gemeldet. Wenn diese Bewegung an-

hält und sich weiter ausdehnt, wird die Gefahr von Arbeitslosigkeit und Hungersnot stark vermindert sein.“

So lauten die Erklärungen des „Matin“. In „Echo de Paris“ konnte man lesen, Poincaré habe die Darlegungen des deutschen Geschäftsträgers „kurz abgeknippt“. In anderen Zeitungen wurde nochmals gestern abend erzählt, der Ministerpräsident habe dem Geschäftsträger ausreden lassen, und ihm dann „kurz und kühl“ gesagt, daß er bei seinen früheren Entscheidungen „bleibe“. Und sogar der „Matin“, der heute alle diese Erzählungen für unrichtig und tendenziös erklärt, begann seine gestrige Schilderung mit dem Satz: „Nach den Erklärungen Poincarés wird die deutsche Regierung keine Illusion mehr haben.“

Bertinog bestimmt im „Echo de Paris“ den Sinn der vom Quai d'Orsay verbreiteten Erklärung so, daß „vor jeder Diskussion, selbst mit der Reparationskommission, über die Frage der Kohlenlieferungen diese Lieferungen wieder aufgenommen werden müßten und daß Frankreich selbstverständlich nicht auf das Mindestprogramm vom 2. Januar verzichte. Aber Bertinog kommt zum Schluß zu einem bemerkenswerten Eingeständnis. Er schreibt: „Die Wahrheit ist, daß von allen Seiten versucht wird, uns aus der Fassung zu bringen und uns zu einer Handlung des Zweifels und des Zögerns zu treiben.“

*

Die „Berichtigung“, die das französische Ministerium des Äußeren den offiziellen deutschen Mitteilungen über die Unterredung zwischen dem deutschen Geschäftsträger v. Söveling und Poincaré entgegensetzt, wird an dieser Stelle als Versuch gewertet, die klare Ausdrucksweise der Reichsregierung nach Kräften zu verdunkeln. Wenn Poincaré sagen läßt, die deutschen Eisenbahnarbeiter seien noch nicht alle zur Arbeit zurückgeführt, so verdrängt er die Tatsache, daß die französischen Besatzungsbehörden selbst diese Rückkehr zur Arbeit nicht zulassen. Bestenfalls machen sie die Wiederaufnahme der Arbeit von Bedingungen abhängig, die nicht zu erfüllen sind. Was die „Feststellung unzureichender Sachleistungen“ durch die Reparationskommission betrifft, so ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß eine Erfüllung in dem gewünschten Maße unentbehrlich ist, solange Frankreich auf eines der wichtigsten deutschen Produktionsgebiete die Hand legt. Die Lage vom 11. Januar „in jeder Hinsicht“ wiederherzustellen, ist Deutschland erst dann imstande, wenn Poincaré selbst mit gutem Beispiel vorangeht. Denn am 11. Januar hatte Deutschland noch das Verfügungsrecht über das Ruhrgebiet, während heute Frankreich dort nach Belieben schaltet und waltet. Entschuldigend sich Herr Poincaré seinerseits, „in jeder Hinsicht“ die Situation wiederherzustellen, wie er vor neun Monaten war, dann wird auch die Reichsregierung zu entsprechenden Maßnahmen befähigt sein. Im übrigen glaubt man hier nicht, daß eine weitere direkte Unterredung mit Poincaré viel Nützliches ergeben würde. Die Absichten des französischen Ministerpräsidenten liegen zu klar zu Tage. Die Reichsregierung wird also voraussichtlich nach in Bälde einen Schritt bei der Reparationskommission unternehmen und versuchen, was auf diesem Wege zu erreichen ist.

Ein Brot — eine Milliarde Mark.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin macht bekannt: Die Preisprüfungsstelle teilt mit: Im Einzelvernehmen mit dem Zweifelhändler der Bäder wird der Preis für ein Brot mit Wirkung vom Sonnabend, 20. Oktober, ab nunmehr auf eine Milliarde, der Preis für eine Schrippe auf 30 Millionen festgelegt.

*

London, 18. Oktober.

Wie „Ball Mall Gazette“ berichtet, ist man in hiesigen Citykreisen über die Gründung der englisch-russischen Getreideausfuhrergesellschaft sehr betrieblig. Man merke diesem Vertrage große Bedeutung bei, da hierdurch eine Behebung des englischen Exportes erwartet werde. Wie das Blatt weiter erzählt, habe Russland bereits eine halbe Million Tonnen Getreide ausgeführt. Die russische Ausfuhr habe in den ersten sechs Monaten dieses Jahres das Doppelte der vorigen Ausfuhr betragen. Alle Getreide wurden in Pfunden abgefloßen, da es noch kein stabilisiertes russisches Geld gebe. Es sei augenscheinlich, daß England eine Gelegenheit ergriffen habe, die mehrere andere Völker seit Langem erwartet hätten. „Star“, der den Abschluß des englisch-russischen Vertrages aufs wärmste begrüßt, weist auf die Schwierigkeiten hin, die die schulpfälligerischen Absichten der englischen Landwirtschaft und der Dominions der russischen Getreideausfuhr bereiten könnten.

Eine Straßenbahnfahrt 100 Millionen.

Der Berliner Verkehr verteuert sich von morgen ab wieder. Eine Straßenbahnfahrt kostet von morgen ab hundert Millionen Mark. Kinderfahrtscheine 50 Millionen Mark. Umsteigefahrtscheine zur Hochbahn 150 Millionen Mark. Auf der Hochbahn kosten von morgen ab Fahrkarten dritter Klasse 60 und 100 Millionen Mark, zweiter Klasse 80 und 120 Millionen Mark. Im Omnibusverkehr kostet die Zeitstrecke von morgen ab 100 Millionen Mark, die ganze Strecke 120 Millionen Mark. Die Stadtbahn erhöht erst ab Montag; die Fahrkarte dritter Klasse in der ersten Zone wird 100 Millionen Mark kosten, 2. Kl. 150 Millionen.

Smuts.

J. S. So groß das Geheimnis auch ist, mit dem die Beratungen der britischen Reichskonferenz, soweit sie politischer Natur sind, umgeben werden, das eine weiß man doch schon: im Mittelpunkt dieser Beratungen steht das Reparationsproblem, und im Mittelpunkt der Beratungen über dieses Problem steht ein Projekt, das den Premierminister der südafrikanischen Union, General Smuts, zum Verfasser haben soll. Dadurch ist dieser überseeische Staatsmann in den Mittelpunkt der Konferenz selbst und mehr oder weniger, wenn auch hinter den Kulissen, in den Mittelpunkt der europäischen Politik getreten. So wenig verburgt auch die Nachrichten über die ihm zugeschriebenen Pläne sind, so ist vielleicht doch der Versuch an der Zeit, sich aus seinen Äußerungen und seinem bisherigen Auftreten ein Bild davon zu machen, was Europa von ihm zu erwarten hat.

Man wußte schon, ehe er das erstmal den Mund aufgetan hatte, daß der alte Bechler einer der führenden Köpfe, wenn nicht der führende Kopf auf der Reichskonferenz sein werde. Er wird in seiner engeren Heimat wie im ganzen Reich als ein durchaus erster, energischer, allem Theatralischen und Romantischen abholden Staatsmann geschätzt. Er sprudelt nicht über von Ideen, aber die Ideen, von denen er erfüllt ist, sind stark und umfassend und werden von ihm mit Zähigkeit und imponierender Überzeugungskraft vertreten. „Das Geheimnis seiner Macht“, sagt ein afrikanischer Landsmann von ihm, „ist der Glaube an die zukünftige Größe seines Landes.“ Von diesem Glauben getragen, dem Glauben an die künftige Entwicklung Südafrikas und noch mehr an die unüberwindliche Machtstellung des britischen Reiches, mag er ruhig, sicher und wie es scheint bestimmt, wie in der Heimat, so auch auf dem Schauplatz der größeren Beratungen in der Reichsmetropole auftreten. Sein fühler Verstand umfaßt mit geschäftsmäßiger Schärfe die engeren und die weiteren Angelegenheiten. Für ihn gibt es keine Entfernungen. Sein Amtssitz ist in Pretoria das Parlament, vor dem er seine Politik zu vertreten hat, in dem Tausende von Kilometern entfernten Kapstadt. Daß ganze britische Commonwealth, wie der von ihm geprägte neue Ausdruck für die größere Reichsgemeinschaft lautet, ist sein „Land“, die Geschäftskreise über die Weltmeere, die seine Teile trennen, erbedigt er wie andere Fahrten mit der Strahlenbahn. Mit jugendlicher Elastizität, obwohl er kein Jüngling mehr ist, seine rosige Gesichtsfarbe, der frische Blick seiner grauen Augen, der flotte Schritt seines ergrauten Henri Quatre geben nicht das Bild eines Mannes, der sich den Sehrgern einreihen und eine lange politische Karriere hinter sich hat. Sein rehervertes und doch festes Auftreten erregt wie der Ausdruck der Kraft und Gesundheit, die er, mit der Wohlfahrt in der herrlich am Tafelberg gelegenen Groote Schuur von dem Staatengründer Cecil Rhodes geerbt zu haben scheint.

Welches sind die Ideen, die dieser von jenseits der Meere gefommene Staatsmann wie einen frischen Wind von der Weite draußen in die diplomatische Schwüle von Downing Street hat hineinwehen lassen? Er hat sie im Grunde in wenigen Worten in der Ansprache ausgedrückt, die er in der Eröffnungsfeier der Konferenz bald nach dem britischen Premierminister gehalten hat. „Aller Einfluss“, sagte er, „den dieses Reich besitzt, diese größte Maschine auf der Erde, soll in vollem Maße angewendet werden, um zu der neuen Ordnung Europas mitzuhelfen. Wir haben keinen Grund, mit bellommenem Atem zu sprechen. Seit Jahrhunderten hat dieses Land bei jedem kritischen Anlaß in der europäischen Geschichte mit der Stimme der Autorität gesprochen, und die anderen Nationen mußten am Ende stets auf diese Stimme horchen. Das ist das eine. In einer späteren Rede bekannte er sich als begeisterten Anhänger des Völkerbundes. Dessen geringe Erfolge enttäuschte er mit seiner Jugend und dem Mangel an Erfahrung. Er verlangte für ihn die stärkste Unterstützung. Er müsse zu voller Wirksamkeit gebracht werden, „um die Nationen in Frieden zusammenzuhalten und uns zu schützen gegen eine Vera vollkommener Reaktion und Prätendage, wie sie jetzt einzufehen scheint“. In derselben Rede kam er kurz auf die europäischen Verhältnisse zu sprechen und sagte: „Der Erfolg des östereichischen Experiments zeigt den Weg zur gleichen Behandlung jeden anderen Landes, das in Zukunft unserer Hilfe bedürftig werden kann.“

Das ist im Grunde alles, was wir aus seinem eigenen Munde von den Gedankengängen erfahren haben, die er hinter den verschlossenen Türen der Reichskonferenz vertritt. Wer es nicht so wenig, als scheinen mag, Die kräftige Verteidigung der These, daß das britische Reich in der gegenwärtigen kritischen Weltlage sein Prestige zu wahren habe, und daß dieses Prestige durch die Politik des fruchtlosen Abwartens, die vom Kabinett Baldwin getrieben werde, geschädigt werde, hat in England den tiefsten Eindruck gemacht. Einer der schärfsten Beurteiler der britischen Politik, J. R. Garvin, der Herausgeber des „Observer“, hat gesagt, daß England nichts Besseres tun könnte, wenn es von ihm abhängt, als Smuts zu einem Minister des Äußeren zu machen. Es sind viele Preise bekannt geworden, die Smuts an Baldwin und Curzon gerichtet hat, und in denen er ihnen vorwirft, daß sie die britischen Traditionen, in allen europäischen Fragen entscheidend mitzusprechen, umgehoben hätten. „Dienstfertig stehen wir da, um zu hören, was Poincaré wünscht.“ So soll er geschrieben haben. Ob diese Briefe nun authentisch sind oder nicht, sicher ist, daß General Smuts die Zurückdrängung des britischen Einflusses aufs schmerzhafteste empfindet und daß er tatsächlich das Programm verfolgt. England wieder zur Führerrolle in der Welt bei dem Wiederaufbau Europas zu machen. Er mag dabei zum Teil von Rücksichten auf die innere Politik